



NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

16. Jahrgang / Nr. 228

Berlin, Sonnabend, 19. August 1961

Berliner Ausgabe / Einzelpreis 15 Pf

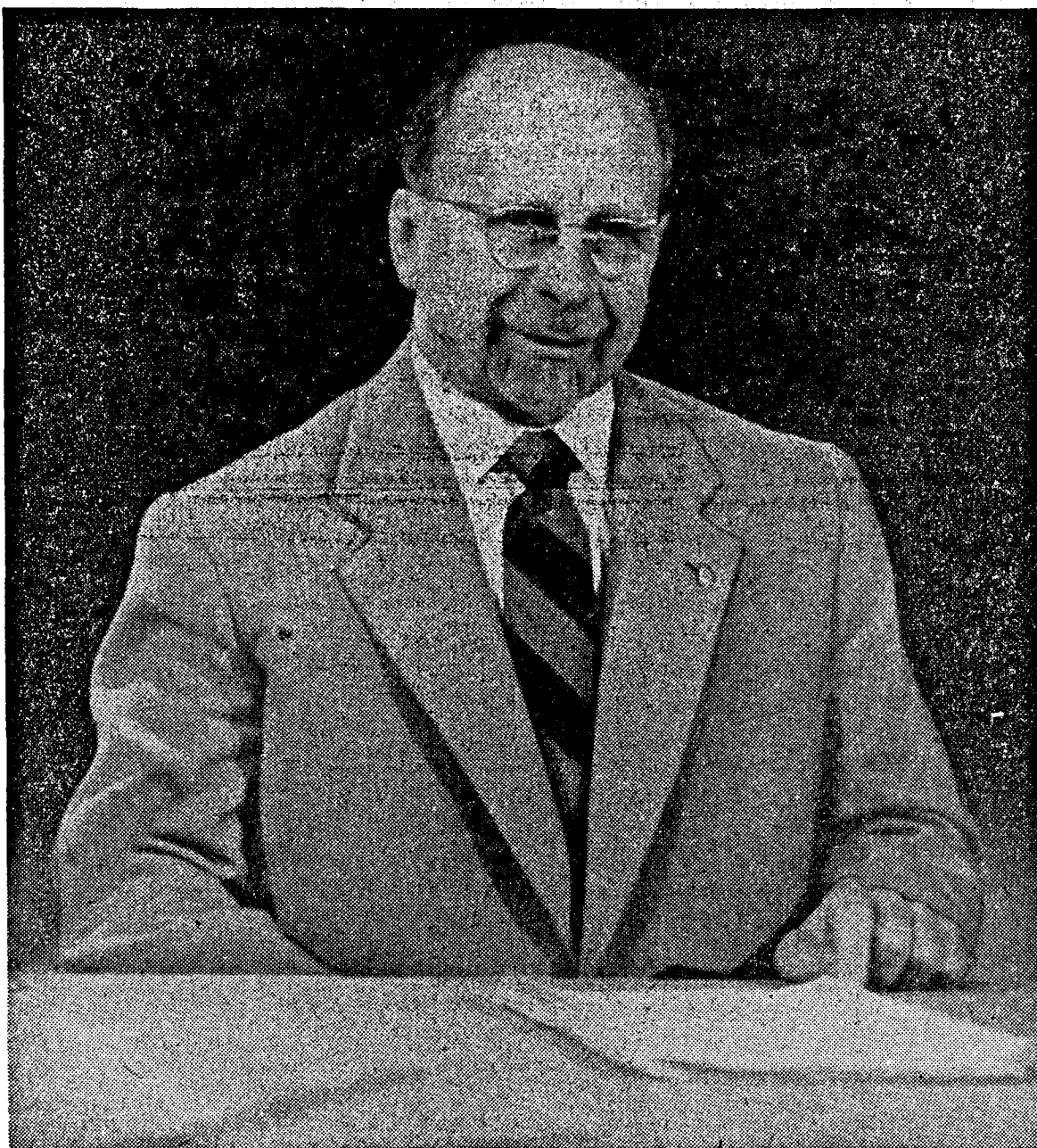
Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Ansprache des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, im Fernsehen und Rundfunk

- Dank allen, die sich an dem Kampf zur Sicherung der Hauptstadt beteiligten
- Staatsapparat hat gezeigt, daß er zu großen Leistungen fähig ist
- Plan der Bonner Regierung war: Situation für Bürgerkrieg und Friedensbruch im Herbst 1961 herbeizuführen
- Unsere Maßnahmen haben den Frieden in Europa und der Welt gerettet
- Wir haben die Ultras am Brandenburger

Tor geschlagen. Westdeutsche müssen Ultras an Rhein und Ruhr schlagen

- Spaltung der Nation kann nur durch den großen Volkskampf zur Bändigung des Militarismus überwunden werden
- Erstes Gebot der Menschlichkeit ist, den Frieden zu sichern
- Wichtigste Aufgabe: Vorbereitung des Friedensvertrages durch weitere Stärkung der DDR



Viele Bürger der DDR haben uns die Frage gestellt, weshalb wir denn so lange warteten, weshalb wir nicht schon früher die notwendigen Maßnahmen durchführten. Ich möchte ganz offen antworten: Einmal hatten wir den Wunsch, jede, aber auch jede Verständigungsmöglichkeit auszuschöpfen. Wir hatten rechtzeitig die Kriegsvorbereitungen der Bonner Regierung entlarvt. Ich habe an den Bonner Kanzler, Herrn Adenauer, geschrieben und ihn gewarnt. Wir haben uns an die westdeutsche Arbeiterschaft gewandt und ihr erklärt, was sich in Westdeutschland zusammenbraut. Wir haben uns an alle Bürger Westdeutschlands gewandt, um ihnen klarzumachen, welche Verantwortung sie für das tragen, was in ihrem Lande geschieht.

Als ich im Januar 1960 vor der Weltöffentlichkeit den Inhalt des berüchtigten Dokumentes MC.70 enthüllte, das die forcierte Aufrüstung des westdeutschen Militarismus und seine atomare Ausrüstung festlegte, wurde die Existenz eines solchen Planes von der westdeutschen Regierung abgelehnt. Inzwischen aber hat Kriegsminister Strauß ganz offiziell erklärt, dieses Dokument MC 70 sei nunmehr bald durchgeführt. Man müsse jetzt weitergehen zum Plan der beschleunigten und vollständigen atomaren Aufrüstung der Bonner Bundeswehr unter Hitler-Generalen, nämlich zum Plan MC 96. Ganz offen fordern die Herren Adenauer und Strauß die atomare Ausrüstung ihrer revanchistischen Armee, nachdem sie früher bei Gott und allen Heiligen geschworen hatten, niemals solche Absichten zu hegen. Bei dem faulen Gerede, sie wollten aber noch keine atomaren Sprengköpfe in eigener Verfügungsgewalt, handelt es sich doch nur um Märchen, die sie vielleicht in einem Kindergarten vortragen können, aber nicht vor erwachsenen Menschen.

Gefährliche Pläne Bonns

Die deutschen Militaristen verschärften ihre Diversionstätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik als Vorbereitung einer Aggression. Sie organisierten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln den Menschenhandel und die Diversion. Sie scheuten selbst vor den abscheulichsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht zurück, um ihr Ziel zu erreichen, die DDR zu unterminieren und sturmreif zu machen.

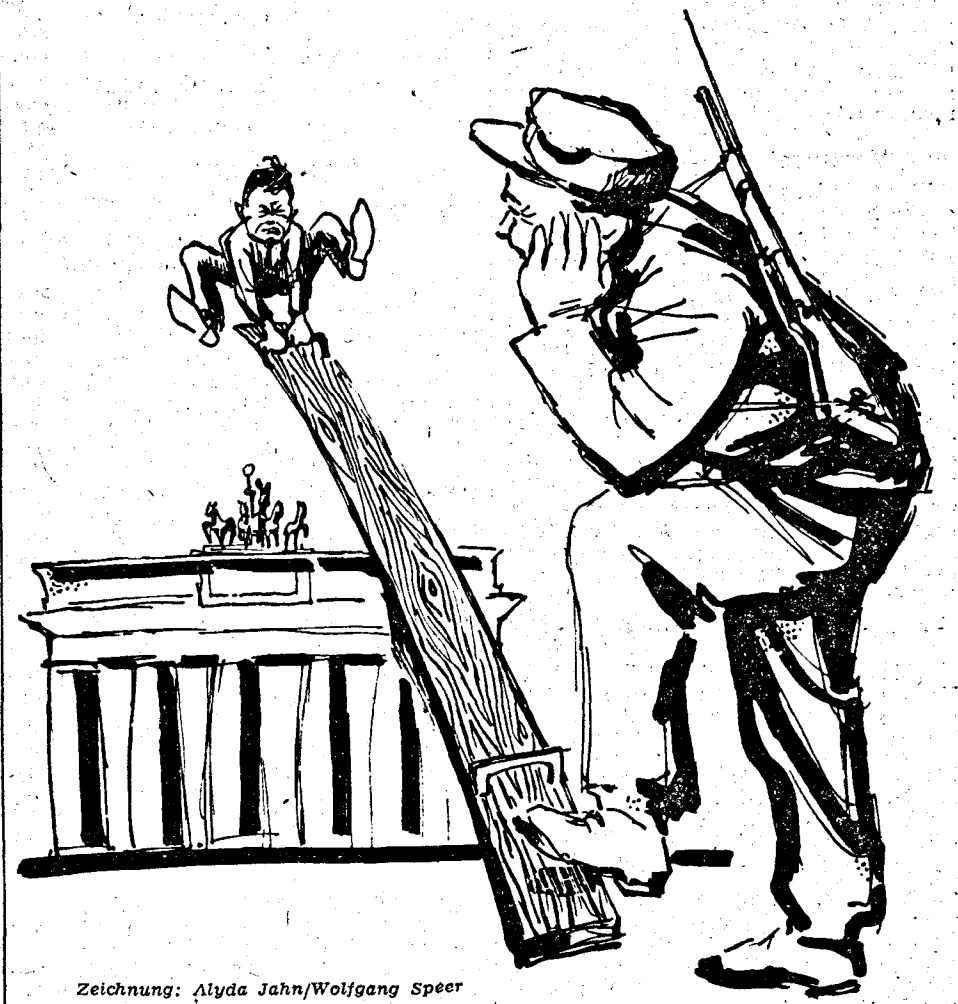
Uns sind die Pläne der Bonner Regierung bekannt. Sie liefern darant hinaus, durch eine auf die Spitze getriebene Störfähigkeit solche Bedingungen zu schaffen, um nach den westdeutschen Wahlen mit dem offenen Angriff gegen die DDR, dem Bürgerkrieg und offenen militärischen Provokationen beginnen zu können.

Ich möchte es der Bonner Regierung überlassen, sich gegen die Kritik westdeutscher Politiker zu verteidigen, die der Meinung sind, die Herren Strauß, Lemmer und Brandt hätten in ihrem Übereifer die Katze zu früh aus dem Sack gelassen und damit zu früh erkennen lassen, was die westdeutschen Militaristen im Schilde führten.

Es war klar, daß angesichts solcher Abenteuerpläne und der bereits auf vollen Touren laufenden Vorbereitungen zu ihrer Durchführung eine Situation heranzukam, die dem Frieden in Europa und der Welt sehr gefährlich hätte werden müssen.

Lebensretter auch für Westdeutsche und Westberliner

Um diese Gefahren für den Frieden unseres Volkes und auch der anderen Völker zu beseitigen, haben wir uns rechtzeitig mit unseren Freunden verständigt und uns darauf geeinigt, die gefährliche Situation zu bereinigen. Die Maßnahmen unserer Regierung haben dazu beigetragen, den in diesem Frühjahr 1961 durch die westdeutschen Militaristen und Revanchepolitiker bedrohten Frieden in Europa und der Welt zu retten. Mögen auch die Bürger Westdeutschlands und Westberlins begreifen, daß es sehr wohl möglich ist, daß ihnen durch unsere Maßnahmen das Leben gerettet wurde.



Zeichnung: Alyda Jahn/Wolfgang Speer

Oberst Solowjow antwortet Westkommandanten:

Schutzmaßnahmen der DDR beruhen auf souveränen Rechten

Westdeutsche Revanchisten und Militaristen sowie Westmächte tragen die volle Verantwortung für die entstandene Lage

Berlin (ADN). Der Kommandant der Garnison der sowjetischen Streitkräfte in Berlin, Oberst Solowjow, übergab den Kommandanten der USA, Englands und Frankreichs in Westberlin am gestrigen Freitag folgende Antwort auf deren Schreiben vom 15. August 1961:

„Im Zusammenhang mit Ihrem Schreiben vom 15. August 1961 bin ich beauftragt, folgendes mitzuteilen:

Wie bereits mehrfach betont, mischt sich die Kommandantur der Garnison der sowjetischen Truppen in Berlin nicht in die Angelegenheiten der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik ein. Die Frage, in der Sie sich an mich wenden, gehört voll und ganz zur Kompetenz der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Maßnahmen an der Grenze der DDR mit Westberlin werden von der Regierung der DDR in Verwirklichung des für jeden souveränen Staat üblichen Rechts auf Schutz seiner legitimen Interessen durchgeführt. Jeder Staat errichtet an seinen Grenzen das Regime, welches er für notwendig und den Umständen entsprechend hält. Darum sind Ihre Bemerkungen in Verbindung mit dieser Maßnahme völlig ungebracht.

Es versteht sich, daß den Kommandanten der Sektoren der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Westberlin die Gründe, die die Einführung einer wirksamen Kontrolle an der Grenze mit Westberlin notwendig machen, gut bekannt sind. Es wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß sich in Westberlin unter dem Schutz der Besatzungsbehörden über 80 Diversions-, Wühl- und Spionageorganisationen festgesetzt haben und ihre Wühlstätigkeit gegen die DDR, die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten durchführen. Den Kommandanten sind zweifellos auch solche Tatsachen wie die bekannt, daß westdeutsche Revanchisten und Militaristen mit Flugzeugen aus der Bundesrepublik durch die Luftkorridore nach Westberlin zur Teilnahme an Kundgebungen eingeschleust werden, sowie alle möglichen Versuche der Regierung der Bundesrepublik, Westberlin in die Sphäre ihrer Kriegsvorbereitungen einzubeziehen. Hinreichend bekannt ist

auch die Rolle, die Westberlin in den Plänen der Bundesrepublik und der NATO-Länder zur Untergrabung der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik und für die Durchführung einer feindlichen und Hetzpropaganda gegen die Länder des sozialistischen Freundschaftsbundes zugeordnet ist. Die Politiker der Bundesrepublik bezeichneten Westberlin offen als „Frontstadt“, die dazu berufen ist, den friedlichen Aufbau in der DDR und anderer sozialistischen Ländern zu stören.

Dies alles geschah trotz der mehrfachen ersten Warnungen vor den Folgen solcher feindseligen Handlungen. Seitens der Behörden der USA, Großbritanniens und Frankreichs wurde nichts unternommen, um der Ausnutzung des Territoriums Westberlins für derartige unzulässige internationale Provokationen ein Ende zu setzen.

Es ist völlig natürlich, daß die Deutsche Demokratische Republik genötigt war, angesichts einer solchen provokatorischen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kreise Maßnahmen zu ergreifen, die auf die Unterbindung einer solchen Tätigkeit gerichtet sind. Diese Maßnahmen bezwecken den Schutz der Interessen aller Staaten des sozialistischen Freundschaftsbundes, wie das diese Staaten in ihrem gemeinsamen Aufruf an die Deutsche Demokratische Republik erklärten.

Wie in der Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages gesagt wurde, tragen die revanchistisch-militaristischen Kreise der deutschen Bundesrepublik sowie die Westmächte, welche Besatzungsfunktionen in Westberlin ausüben, voll und ganz die Verantwortung für die entstandene Lage und gewisse Unbequemlichkeiten, unter denen ein Teil der Bevölkerung im Zusammenhang mit diesen Schutzmaßnahmen zu leiden hat. Folglich tragen auch Sie, Herr Kommandant, als Person, die an der Spitze einer Besatzungsmacht steht, diese Verantwortung. Deswegen lehne ich die in Ihrem Schreiben vom 15. August dargelegten Ansprüche als völlig unbegründet ab.“

Bundestag gesteht Niederlage ein

Bonn versucht Pleite durch Pogromhetze zu bemänteln / Adenauer will erst rüsten und dann verhandeln / Brandts Selbsteinschätzung: „Der getretene Wurm krümmt sich“ / DFU-Abgeordneter Behrich: „Monumentale Niederlage der Politik der Stärke“ / Demonstratives Fernbleiben der Botschafter der vier Großmächte

Von unserem Bonner Korrespondenten Harri Czepuck

Bonn. Zu dem Eingeständnis, in Berlin durch die Maßnahmen der Regierung der DDR eine Niederlage erlitten zu haben, mußten sich am Freitag auf einer Sondersitzung des Bonner Bundestages die Sprecher aller Fraktionen beugen. Großes Aufsehen hat das Fernbleiben der Botschafter der vier Großmächte von der Bundestagsitzung ausgelöst. In politischen Kreisen wird ihr demonstratives Fernbleiben als offene politische Stellungnahme gewertet.

Frontstadtscharfmacher Brandt

Bundeskanzler Adenauer erging sich wie üblich in scharfen antisowjetischen Ausfällen und forderte angesichts der Niederlage in Berlin eine verstärkte Aufrüstung. Gleichzeitig mußte er jedoch offenbar beeinflusst von den Realitäten und der Haltung der Westmächte davon sprechen, daß nun Verhandlungen „angestrebt“ werden müßten.

Demgegenüber stellte Willy Brandt, dessen Politik in Westberlin völligen Schiffbruch erlitten hat, die ultimative Forderung auf, daß erst die souveränen Rechte der DDR in ihrer Hauptstadt bestätigt werden müßten, ehe es zu Verhandlungen kommen dürfe. Er forderte, die Bundesregierung sogar zu einer Verschlechterung der Beziehungen zur Sowjetunion auf. Er kritisierte sowohl

Tiefe Gegensätze bestätigt

Brandt kam schließlich zu einer bezeichnenden Selbsteinschätzung, indem er wörtlich sagte: „Ein Wurm krümmt sich noch, wenn er getreten wird.“

Aus den Reden von Ollenhauer und Krone ging hervor, daß es nicht nur zwischen Bonn und den Westmächten, sondern nunmehr auch wieder zwischen den „Gemeinsamkeitspolitikern“ tiefe Gegensätze gibt. Das wird auch dadurch deutlich, daß die CDU es abgelehnt hat, eine gemeinsame Entschließung, die die SPD-Fraktion vorgeschlagen hatte, zur Abstimmung stellen zu lassen.

„Politik der Stärke“ gescheitert

Der DFU-Bundestagsabgeordnete Behrich wies unter großer Aufmerksamkeit zahlreicher Abgeordneter und der Presse als einziger Politiker darauf hin, daß man die wahren Ursachen der Niederlage in Berlin untersuchen müßte. Sie lägen vor allem in den Versäumnissen und in dem Wunschdenken der „Stärkepolitik“, die die berechtigten Interessen anderer

Meine lieben Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und liebe Freunde in Westdeutschland und Westberlin!

Ereignisreiche Tage liegen hinter uns. Hier und da gingen die Wogen etwas hoch. Sie glätten sich allmählich. Die von Schöneberg und Bonn künstlich geschürte Aufregung ist abgeebbt. Natürlich müssen wir weiterhin wachsam sein. Aber das Leben geht seinen ruhigen Gang. Sie erwarten mit Recht, daß ich als Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik einiges zu den Geschehnissen und zu der neuen Situation sage.

Doch zuvor drängt es mich, den prächtigen Söhnen und Töchtern unserer Werktätigen, die gegenwärtig Uniform tragen, den prächtigen Jungen in der Volksarmee und in der Volkspolizei, den Unteroffizieren, Offizieren und Generalen unserer bewaffneten Kräfte im Namen des Staatsrates, im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und im Namen der Partei der Arbeiterklasse herzlichen Dank zu sagen. Sie haben die erfolgreiche Aktion vom 13. August hervorragend und diszipliniert, mit großartigem Kampfeifer und großartiger Moral durchgeführt. Der Dank gebührt auch all den Werktätigen

der Betriebskampfgruppen, die muster-gültig ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse und der Republik erfüllt haben. Der Dank gebührt allen Angehörigen unseres Staatsapparates, der hier bewiesen hat, daß er zu großen Leistungen fähig ist.

Sie alle haben dazu beigetragen, erfolgreich die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik zu schützen, die nationale und internationale Autorität des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates zu erhöhen. Sie alle haben dem Frieden und der Sache der deutschen Nation einen großen Dienst erwiesen.

Im Namen der ganzen Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik möchte ich auch dem Sowjetvolk, der Regierung der UdSSR und dem Vorsitzenden des Ministerrats, Chruschtschow, sowie allen anderen Regierungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages herzlich danken für die große Hilfe und Unterstützung, die sie dem gerechten Kampf unserer Deutschen Demokratischen Republik gewähren. Herzliche Grüße senden wir auch den Soldaten und Offizieren der sowjetischen Streitkräfte, die hier in dem deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat gemeinsam mit unserer Nationalen Volksarmee auf Friedenswacht stehen.

Peinlicher Irrtum der Militaristen Sie hielten Geduld für Schwäche

Die Arbeiter und mit ihnen alle ehrlichen Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik atmen erleichtert auf. Das Treiben der Westberliner und Bonner Menschenhändler und Revanchepolitiker hatten alle satt. Mit wachsendem Zorn hatten sie zugesehen, wie sie von dem militaristischen Gesindel für dumme gehalten und bestohlen wurden. Unsere Geduld wurde von den Bonner Militaristen für Schwäche angesehen. Ein peinlicher Irrtum, wie sich inzwischen erwiesen hat.

Sie wissen - meine verehrten Zuhörer - daß wir jahrelang beharrlich

vorgeschlagen haben, alle irgendwie strittigen Fragen durch friedliche Verhandlungen und durch Vereinbarungen zu lösen. Auch das Memorandum der Sowjetunion, das Ministerpräsident Chruschtschow in Wien dem Präsidenten der USA, Kennedy, übergab, wie der von der Volkskammer der DDR beschlossene Friedensplan des deutschen Volkes atmen den Geist der Verständigung: Sie sind getragen von dem Willen, den Frieden zu sichern und alles zu tun, um den Völkern Europas und der Welt einen neuen militärischen Zusammenstoß zu ersparen. Diese Schritte der Sowjet-